

Präsident Weber: Herr Fecker, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann wünsche ich Ihnen viel Erfolg bei der Suche!)

Herr Staatsrat, eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Schmidtke!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Herr Staatsrat, Bremen-Nord, Burglesum und Blumenthal warten eigentlich schon seit Jahren dringend auf eine Stellenneubesetzung. Gilt Ihre Auskunft, die Sie für Huchting gegeben hatten, die zum Teil erfreulich war, auch für die beiden anderen vakanten Stellen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Wir bemühen uns natürlich auch dort um Nachbesetzungen. Die Stadtteilarbeit, die von diesen Ärzten geleistet wird, ist aus unserer Sicht gerade in sozial benachteiligten Gebieten sehr wichtig. Deswegen versuchen wir auch, diese Stellen nachzubesetzen. Sie sind auch genehmigt, es ist kein Budgetproblem. Das Problem ist, geeignete Personen zu finden.

Präsident Weber: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Herr Staatsrat, ich entnehme Ihrer Antwort, dass wohl die Ausschreibungen stattgefunden haben und es Bemühungen gibt, aber noch kein Ergebnis vorliegt.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Mir ist wenigstens nicht bekannt, dass es dort schon positive Entscheidungen gibt, weil die Bewerberlage eben so ist, wie sie ist, das liegt teilweise auch an den Verdienstmöglichkeiten. Durch den Ärztemangel steigen die Ansprüche enorm. Im öffentlichen Gesundheitsdienst orientieren wir uns an den Tarifen des öffentlichen Dienstes, und das führt leider manchmal zu Schwierigkeiten.

Präsident Weber: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Schmidtke [SPD]: Nein, danke! Ich wünsche Ihnen ebenfalls viel Erfolg, denn wenn von drei möglichen Stellen nur eine besetzt ist, ist das natürlich ein echtes Problem!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Schuppen 3 aus dem Bestand entwickeln, Kreative in der Überseestadt stützen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Werner, Saxe, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Werner!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie ist der Senat im Gespräch und in Verhandlungen mit den derzeitigen Mietern im Schuppen 3 sowie in der „Anbiethalle“ in der Überseestadt?

Zweitens: Auf welcher Grundlage und mit welchem Ziel wird wann und von wem über deren Mietverträge und deren weiteren Verbleib beraten, kommuniziert und entschieden?

Drittens: Wie gewährleistet der Senat am Schuppen 3 den Erhalt von hafenprägender Bausubstanz, Alltagskultur und Infrastruktur sowie von in den vergangenen Jahren schon vor allem durch kreative Pioniere entstandenen identitätsstiftenden Nutzungen in der Überseestadt?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Professor Stauch.

Staatsrat Professor Stauch: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Die Gespräche mit Mietern von Immobilien des Sondervermögens Überseestadt werden grundsätzlich durch die WFB geführt.

Zur Umsetzung des gemäß einem aktuellen Bauungsplanverfahren am Kaffee-Quartier angestrebten Wohnungsbaus ist der Abbruch des Verwaltungsgebäudes Europahafen, dem heutigen Standort der „Anbiethalle“, zwingend erforderlich. Vor diesem Hintergrund hat das Wirtschaftsressort die WFB gebeten, die Mieter des Verwaltungsgebäudes Europahafen hiervon in Kenntnis zu setzen. Der WFB wurde aufgetragen, die Mietverträge fristgerecht zu kündigen. Derzeit prüft die WFB, welche Räumlichkeiten den Mietern als Alternative angeboten werden können.

Die Mieter des Schuppens 3 wurden durch die WFB informiert, dass der Senat aktuell die städtebaulichen Rahmenbedingungen für eine zukünftige Entwicklung der Immobilie möglichst bei Erhalt eines hohen Anteils der historischen Bausubstanz prüft. Hierbei wurde als wesentliche Vorgabe defi-

niert, dass neben der Schaffung von Wohnraum auch flexible Räume für die Kreativwirtschaft unter Berücksichtigung moderater Mieten und Flächen für publikumswirksame Einrichtungen sowie allgemeine Dienstleistungen generiert werden sollen.

Zu Frage 3: Die Schuppen um den Europahafen bilden ein Ensemble, das wesentlich zur Unverwechselbarkeit des Europahafens beiträgt. Dem jetzt für neue Nutzungen zur Verfügung stehende Schuppen 3 kommt somit in der Entwicklung des nördlichen Ufers des Europahafens eine wichtige Funktion zu.

Es sollen nunmehr Leitlinien zur weiteren Entwicklung und Vermarktung der Immobilie des Schuppens 3 erarbeitet und den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Diese sollen als Grundlage für die Ausschreibung der Fläche dienen. Sobald der Terminplan der Ausschreibung erkennbar ist, werden die Mieter darüber informiert, und es werden notwendige Kündigungen fristgerecht ausgesprochen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Werner, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, Sie sprachen eben von alternativen Räumlichkeiten, die den derzeitigen Mietern des Verwaltungsgebäudes Europahafen angeboten werden. Dazu habe ich zwei Fragen: Gilt es eigentlich auch für die derzeitigen Mieter des Schuppens 3, dass für sie alternative Räumlichkeiten gesucht werden? Liegen diese Alternativen auch in der Überseestadt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Professor Stauch: Das hängt von der künftigen Nutzung des Schuppens 3 ab. Es ist durchaus denkbar, dass das im Rahmen des Schuppens 3 stattfindet; auch in dem Bereich sollen solche Nutzungen möglich sein. Es ist bisher schon eine erhebliche Nutzung durch die Kreativwirtschaft in der Größenordnung von ungefähr 900 Quadratmetern realisiert. Es hängt jetzt davon ab, wie das Nutzungskonzept im Einzelnen entwickelt wird. An der Entwicklung des Nutzungskonzepts werden das Wirtschafts- und das Bauressort, die WFB und vielleicht noch andere teilnehmen, es hängt davon ab, welche Perspektiven dafür entwickelt werden. Angestrebt ist eine Mischnutzung.

Präsident Weber: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Gelten diese Optionen auch für kostengünstige Mietwohnungen, zum Beispiel für die Kreativen oder andere, und für Sozialwohnungen als eine Nutzungsmöglichkeit des Schuppens 3?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Professor Stauch: Die Einzelheiten des Konzepts stehen nicht fest. Es wird angestrebt, sowohl Wohnflächen als auch Flächen für die Kreativwirtschaft und für nicht störende Gewerbebetriebe zu entwickeln. Das ist im Ganzen beabsichtigt.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Vogt!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Ich habe das eben ganz erfreut zur Kenntnis genommen, aber meine Frage ist - das wurde noch nicht ganz beantwortet -: Steht denn die WFB zum Beispiel schon in Kontakt mit den jetzigen Nutzerinnen und Nutzern des Schuppens 3? Ich weiß, dass es da in der Vergangenheit Kommunikationsprobleme gab.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Professor Stauch: Das kann ich im Moment nicht konkret sagen, das müsste ich nachfragen. Vielleicht ist das eine Frage, die wir in der Deputation erörtern sollten.

Präsident Weber: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Ist angedacht, dass die Nutzerinnen und Nutzer des Schuppens 3 vielleicht in die zukünftige Konzeption eingebunden werden? Es sind ja durchaus auch namhafte Künstlerinnen und Künstler, die dort tätig sind.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Professor Stauch: Es ist für die Kreativwirtschaft beabsichtigt, dort auch Raum zu schaffen, das ist ein ganz deutlicher Teil des Konzepts.

Präsident Weber: Frau Vogt, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Ist es nicht sinnvoll, sie einzubeziehen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Professor Stauch: Natürlich werden die bisherigen Nutzer angesprochen, selbstverständlich!

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Piontkowski!

Abg. Frau **Piontkowski** (CDU): Welche konkreten Alternativen werden für die „Anbiethalle“ gesucht, und vor allem, wird es dann möglich sein, dass die „Anbiethalle“ ihr bisheriges Angebot zu den jetzigen Bedingungen fortsetzen kann? Es ist ja letzten Endes auch eine Preisfrage!

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Professor Stauch: Die Frage der Alternativen ist offen, dazu kann ich im Moment nichts Näheres sagen. Es gibt Vorstellungen zu dem Konzept, aber ich kann noch keine näheren Erklärungen dazu abgeben, an welchem Ort oder unter welchen Umständen das stattfinden kann.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Piontkowski** (CDU): Wann können wir mehr über das Konzept erfahren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Professor Stauch: Im Moment geht es um die inhaltliche Entwicklung des Konzepts, dann wird sich in absehbarer Zeit genauer abzeichnen, wo das räumlich stattfinden kann. Es gibt aber erhebliche Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen des Schuppens 3, das muss man sagen, die Flächen, die zur Verfügung stehen, sind gewaltig - im Ganzen sind es 22 000 Quadratmeter -, und für diesen Bereich ist eine kombinierte Nutzung vorgesehen. In dem Bereich gibt es ganz große Möglichkeiten.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Vielen Dank, aber es ist nicht besonders konkret gewesen!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Bremen im Web 2.0**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Motschmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Motschmann!

Abg. Frau **Motschmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat den Nutzen sogenannter Social-Media-Anwendungen, wie beispielsweise der Facebook-Fanseite „Bremen.de“, für die Außerendarstellung und das Image der Stadt Bremen?

Teilt der Senat die Kritik der Datenschutzbeauftragten an der Facebook-Fanseite „Bremen.de“ und die Forderung der Löschung?

Welche Auswirkungen erwartet der Senat für den Fall der Löschung der Facebook-Fanseite?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat hält die bremischen Social-Media-Anwendungen bei Twitter, Facebook und Google+ für hilfreiche Instrumente, um die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu intensivieren, die Beteiligung an Entscheidungsprozessen in der Stadt zu stärken und neue Zielgruppen auch außerhalb Bremens zu erreichen.

Zu Frage 2: Der Senat teilt die Bedenken der Datenschutzbeauftragten insofern, als dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung auch für die Nutzerinnen und Nutzer von Social-Media-Angeboten gilt. Dazu gehören das Recht auf Löschung von Daten und Widerspruch gegen das Anlegen von Nutzerprofilen. Weil diese bei Facebook bisher nicht oder mindestens mangelhaft gegeben sind, hat der Senat Facebook angeschrieben und entsprechende Abhilfe gefordert.

Die Mängel sind jedoch noch nicht behoben, deshalb berät der Senat zurzeit, welche Konsequenzen zu ziehen sind. Bisher hat er auf die Einrichtung weiterer Seiten verzichtet und besondere Warnhinweise zum einen auf den Fanseiten und zum anderen auf bremen.de eingefügt.

Ziel des Senats ist, dass sowohl der Betrieb von Fanpages als auch die Sicherstellung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung gleichermaßen verwirklicht werden können. Sofern bereits angekündigte Gerichtsentscheidungen zu diesen Sachverhalten in Deutschland veröffentlicht werden, wird der Senat diese bei seiner Entscheidungsfindung berücksichtigen.

Zu Frage 3: Die Auswirkungen für den Fall der Löschung der Facebook-Fanseiten kann der Senat zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend